



Medienkonferenz «Pilotprojekt Cannabisregulierung» vom Montag, 14. März 2016

REFERAT VON FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR BILDUNG, SOZIALES
UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Medienvertreterinnen

Sehr geehrte Medienvertreter

Sehr geehrte Damen und Herren

«Legal kiffen – Städte machen Druck», so lautete der Titel der TV-Sendung Club vom 5. August 2014. Ganz so schnell geht es nicht. Wir haben zwischenzeitlich aber entscheidende Fortschritte gemacht, die wir Ihnen heute vorstellen werden.

Wie Sie wissen, ist Cannabis die mit Abstand am häufigsten konsumierte illegale Substanz in der Schweiz. 200'000 bis 300'000 Menschen konsumieren regelmässig Cannabis. Trotz Verbot und Repression. In der Stadt Bern sind dies rund 4'000 Personen. Und ich bin fast geneigt zu sagen: Es konsumieren schweizweit zweimal so viele Menschen wie in der Stadt Bern leben regelmässig Cannabis und alle schauen weg! Das kann einfach nicht sein. Ich will diesem scheinheiligen Zustand etwas entgegenhalten. Aus gesundheitlichen, sozialen und juristischen Gründen. Wir müssen bessere Lösungen finden als das heute geltende Verbot.

Was ist der aktuelle Projektstand?

Der Gemeinderat hatte im Herbst 2014 unter meiner Leitung eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines Pilotprojekts zur Cannabisregulierung beauftragt. Parallel dazu hat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) bei der Pharmalex GmbH ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Sie finden das Rechtsgutachten in Ihren Unterlagen. Die Verfasserin des Gutachtens, die Fürsprecherin Franziska Slongo, ist heute ebenfalls hier und steht für Fragen zur Verfügung.

Frau Slongo hält in ihrem Gutachten fest, dass die Umsetzung des geplanten Cannabis-Pilotprojekts im Rahmen eines wissenschaftlichen Forschungsprojekts bewilli-

gungsfähig ist. Da ein solches Forschungsvorhaben dem Humanforschungsgesetz untersteht, werden wir die Bewilligung der kantonalen Ethikkommission einholen, bevor wir das Gesuch beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) einreichen.

Mit der Ausarbeitung dieses Forschungsgesuches hat nun der Gemeinderat das Institut für Sozial- und Präventivmedizin (ISPM) der Universität Bern beauftragt. ISPM-Direktor, Professor Matthias Egger, war von Beginn weg sehr interessiert und skizzierte uns eine wissenschaftliche Studienanlage. Der Gemeinderat gibt folgende Eckpunkte vor: Die Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer müssen mindestens 18 Jahre alt sein, ihren Wohnsitz in der Stadt Bern haben und bereits Cannabis konsumieren. Und: Der Verkauf des Cannabis soll über Stadtberner Apotheken erfolgen. Prof. Egger wird die Studienanlage anschliessend vorstellen.

Sie mögen sich vielleicht die Frage stellen, warum der Verkauf über Apotheken erfolgt. Es ist eine pragmatische Lösung, weil damit eine bestehende hochprofessionelle Infrastruktur genutzt werden könnte. Die Apotheken geniessen das Vertrauen der Bevölkerung und haben das nötige Fachwissen im Umgang mit Betäubungsmitteln. Auch verfügen die Apotheken über Dispositive betreffend Sicherheit und Kontrolle und sind darin geübt, Kundinnen und Kunden auf Probleme anzusprechen.

Was sind die nächsten Schritte?

Viele Fragen müssen noch im Detail geklärt werden. Dazu gehört insbesondere auch der Einbezug der Apotheken. Ob genügend Apotheken in der Stadt Bern bereit sind, bei diesem Pilotprojekt mitzumachen, ist zurzeit noch unklar. Weiter wird jetzt das Studienprotokoll ausgearbeitet und dieses anschliessend der Kantonalen Ethikkommission unterbreitet. Die Gesuchseinreichung beim BAG erfolgt in Koordination mit den Projektarbeiten in Basel, Genf und Zürich.

Ich bin mir bewusst, dass im Rahmen eines wissenschaftlichen Pilotversuchs nicht alle Probleme und Fragestellungen angegangen werden können. Ich bin mir auch bewusst, dass Ängste und Bedenken in der Bevölkerung vorhanden sind. Die Pilotversuche müssen daher sehr sorgfältig ausgearbeitet und umgesetzt werden. Mit den Pilotversuchen wollen wir zeigen, dass eine Regulierung nicht zu mehr, sondern zu weniger Problemen führt. Ich finde, wir müssen diesen Weg einschlagen, damit wir wieder eine glaubwürdige Suchtpolitik betreiben können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.